

Bezugspreis
für volle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich
4.20 Mark, durch die Post 4.65 Mark
ausschließl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
entschiedensten Falle wird unter
Bezugnahme der Zeitung unter
Bezugnahme der Zeitung. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Sozial-Zeitung“ gestattet.
Genau auf der Schriftleitung Nr. 1142,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133;
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Abend-Ausgabe.

Sozial-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 7er-Spalten 38 mm breite
Kolonnen oder deren Raum mit
30 Pf. u. 10% Zuschlag berechnet
und in anderen Anzeigenspartien u.
allen Anzeigenspartien ange-
nommen die 7er-Spalten 38 mm
10% u. 10% Zuschl. Anzeigen-
annahmegebühr vom 11 Uhr
für die Sonntag-Dr. abds. 6 Uhr.
Abbestellungen, soweit zulässig,
müssen schriftlich erfolgen. Erfül-
lungsort: Halle a. S. Erscheint tägl.
2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit.
u. Geschäfts-Verwaltung: Halle, Gr.
Draußenstr. 17. Lieben-Geschäfts-
stell.: Markt 24 u. Dr. Ulrichstr. 32.

Nr. 108.

Halle, Dienstag, den 5. März

1918.

Die weitere Haltung Japans.

Verstärkte Kampfstärke an verschiedenen Stellen der Westfront. — Der Waffenstillstand mit Rumänien.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 5. März.
Westlicher Kriegsausflug.
Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und
Deutscher Kronprinz.
Bestimmte Erkundungstätigkeit an vielen Stellen der
Front. Nördlich von Reims und auf dem östlichen Maas-
ufer war die französische Artillerie vielfach reg.
Heeresgruppe Herzog Albrecht.
Auf den östlichen Maas-Höhen tagsüber heftiger Feuer-
kampf. Starke französische Abteilungen brachen am Abend
um Angriff gegen unsere Stellungen östlich von Vouilly vor.
Sie wurden im Gegenstoß zurückgeschlagen. Auch an der
lohringischen Front und in den mittleren Vogesen herrschte
gezeiten erhöhte Gefechtsstätigkeit.

Östlicher Kriegsausflug.
Die Rumänen haben unsere Bedingungen angenommen.
Somit tritt der Waffenstillstand mit Rumänien von neuem
in Kraft.
Von den anderen Kriegsausflügen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

16500 Tonnen versenkt.

Berlin, 4. März. (Amtlich.) Neue U-Boot-Erfolge auf
dem nördlichen Kriegsschauplatz:
16500 Brutto-Registertonnen.
Unter den Schiffen befanden sich zwei wertvolle tief be-
labene Dampfer von 7000 und 5000 B.R.-T., die an der
Westküste Englands versenkt wurden. Einer derselben
habe, aus der besonders schweren Detonation, die dem Tor-
pedobrecher folgte, zu schließen, Munitionsladung an Bord.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Vor der Unterzeichnung des rumänischen Friedensvertrages.

Bukarest, 5. März. (Eigene Drahtnachricht.) Man
rechnet hier da, daß der Friedensvertrag zwischen den
Zentralmächten und Rumänien heute, spätestens
aber morgen unterzeichnet wird, da bereits alle zur
Unterzeichnung bevollmächtigten Persönlichkeiten in Bukarest
eingetroffen sind.
Nach weiteren Berichten aus Jassy hat die rumänische
Bevölkerung bisher nichts über die Friedensverhandlungen
mit den Zentralmächten erfahren. Der Preis ist jede Ver-
öffentlichung des ihr von privater Seite zugehenden Ma-
terials über die Besprechungen in Bukarest verboten.
Es werden nur amtliche Mitteilungen zugelassen, die aber nichts
Genaueres enthalten und der Öffentlichkeit mit keinem
Worte Aufschluß über die wahren Vorgänge in Bukarest geben.

Die japanische Heeresorganisation.

Vormarsch bis zum Ural?
Amsterdam, 5. März. (Eigene Drahtnachricht.) Aus San
Francisco wird gemeldet: Die japanische Heeres-
organisation nimmt einen großen Umfang
an. Auf Korea ist ein großer Übungsschauplatz errichtet wor-
den zur Ausbildung junger Mannschaften. Die Mobil-
machung von zwei Heeresjahren wurde in Tokio ange-
ordnet.
Nach weiteren Berichten haben die Japaner in Gemein-
schaft mit der chinesischen Regierung Verhandlungen ange-
knüpft mit der selbständigen Regierung, um auch deren Hilfe
gewährleistet zu erhalten und dadurch eine längere Front ver-
teidigen zu müssen.
Die Londoner Regierung beschäftigt sich augenblicklich
mit der ostasiatischen Frage. Die auf telegraphischem Wege
zwischen Washington, London und Tokio geführten militäri-
schen Besprechungen haben ergeben, daß über 20000 Mann
japanischer Truppen und etwa 10000 Mann amerikanischer
und englischer Truppen für den Einmarsch zur Verfügung
stehen. Es soll die Absicht bestehen, die militärischen Opera-
tionen bis zum Ural anzuordnen.

Japan bleibt neutral.

Wichtigster Schutz der eigenen Interessen.
Wien, 5. März. (Eigene Drahtnachricht.) Der östliche
„Secolo“-Berichtskorrespondent vertritt aus autoritativer Quelle
in Rom (japanische Botschaft), daß Japan keinerlei Vorbe-
reitungen zu einer militärischen Aktion gegen die europäi-
schen Mächte, auch nicht gegen russische Truppen beabsichtigt.

Japan bleibt im europäischen Konflikt völlig neutral. Dis-
kussionen sei Japan seit längerer Zeit das Hauptinteressen-
gebiet und Japan wolle nur eine Zunahme seiner Inter-
essensphäre verhindern.

Der Wirrwarr in China.

Präsidentenerf. — Ein Admiral ermordet.
Köln, 5. März. (Privattelegramm.) Der „Köln Volks-
zeitung“ wird aus Shanghai vom 1. März gemeldet, daß das
politische Chaos in China sich seit den letzten Berichten aus Peking
weiter, daß der Druck der Militärsitten wahrscheinlich den Rück-
tritt des Präsidenten zur Folge haben werde. Man nimmt an,
daß er jetzt wie gelangt erhalten wird. Als Beweis der Eifer-
sucht und Unstimmigkeit unter den Chinesen wird berichtet, daß
der Admiral Tingfangmang in Kanton ermordet wurde.

Petersburg und die ostasiatische Frage.

Gegen ein Zusammenwirken Sibiriens mit Japan.
Stockholm, 5. März. (Eigene Drahtnachricht.) In Pe-
tersburg herrscht nach direkten Berichten wieder vollkommene
Ruhe. Man hat sich wieder eingerichtet und die Bevölkerung
geht ihrer Beschäftigung nach. Der Rat der Volkskommissare
hält täglich seine Sitzungen ab, um jetzt über die ostasiatische
Frage zu beraten. Obwohl man sich mit der sibirischen Selbst-
ständigkeit abgefunden hat, will man doch nicht ihr Zu-
sammengehen mit den Japanern zulassen, zumal verschiedene
sibirische Städte, vor allem Irkutsk und Omsk, ausnahmslos
von maximalistischen Anhängern regiert werden.
Richtig soll seit einigen Tagen krank sein und an feiner
der Beratungen mehr teilnehmen.

Verhandlungen mit Finnland.

Eine Landung auf den Alandinseln?
Berlin, 5. März. (Eigene Drahtnachricht.) In heftigen
politischen Kreisen erzählt man, daß mit der finnischen Re-
gierung Verhandlungen eingeleitet sind, die in den nächsten
Tagen beendet sein und zu einem regulären Friedens-
vertrage auch mit Finnland führen werden.
Wie gleichzeitige Gerüchte, sind nun den in der Gegend
von Petersburg frei gemordeten Truppen bereits eine An-
zahl für die Hilfsoperation nach Finnland bereitgehalten
worden. Eine größere Landung ist auf den Alandinseln
geplant, um von dort aus die Operationen zur Wiederher-
stellung der Ordnung zu leiten. Der schwedischen Regierung
wurde gleichzeitig von der deutschen Regierung Mitteilung
gemacht, daß Deutschland, wenn es auch auf den Aland-
inseln laude, keinerlei territoriale Inter-
essen an den Inseln habe.

Die Besetzung der Alandinseln durch deutsche Truppen.

Dänische Pressäußerungen.
Kopenhagen, 5. März. (Privattelegramm.) „Tid-
ningen“ meldet, daß die Anführung der Besetzung der Aland-
inseln durch deutsche Truppen auf Schweden wie auf Dänemark
verwirren würde und man allgemein in Schweden eine weitere
Verwicklung befürchtet. Rechtsprechende Äußerungen die Ge-
legenheit zu rechtlichen Einwänden auf die Regierung und auch
„Tidningen“ meldet, daß Schweden sich nicht darüber bekümmern
könne, wenn Finnland deutsche Hilfe begehre, weil Schweden sich
geweiheit habe, solche zu leisten. Alle Zeitungen, außer „Dagens
Nyheter“, enthalten sich einer militärischen Kritik. Nur diese
Zeitung betont, daß die vorerwähnten Äußerungen, wie z. B. Beset-
zung, wohl hätten besetzt werden können.

Geheime Besprechungen über die Offensive.

Genf, 5. März. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Mel-
dungen aus Paris finden dort über die bevorstehenden beider-
seitigen Offensiven noch immer geheime Besprechungen statt.
Wolffach wird in militärischen Kreisen geglaubt, daß ange-
sichts der starken Verbindungen auf beiden Seiten die Deut-
schen eine Offensive an sich heranzutreiben lassen werden, da sie
voraussehen müßten, daß ihnen ein Vordringen nur schwere
Verluste dringen und ihnen eventuell weitere Gebiets-
besetzungen keinesfalls nützen können, da die starken Entente-
truppen diese Gebiete dann doch besetzen würden.

Die Vierbündnis-Offensive bevorstehend.

Wien, 5. März. (Privattelegramm.) Der „Lloyd-
Anzeiger“ berichtet aus Paris: Seit Sonntag werde in der
Presse die große Offensive als unmittelbar bevor-
stehend gemeldet.
(Letzte Doppelzeile siehe auch Seite 2.)

Für das gleiche Wahlrecht.

Der Gedanke des gleichen Wahlrechts arbeitet für sich
selbst. Die Zahl der Organisationen der nationalliberalen
Partei mehren sich, die sich auf den Boden des gleichen Wahl-
rechts stellen. Die vier nationalliberalen Mitglieder des
Verfassungsausschusses des preussischen Abgeordnetenhauses
müssen immer mehr erkennen, daß sie mit ihrer Abstimmung
gegen das gleiche Wahlrecht die Interessen der eigenen
Partei schwer schädigen. Sie werden erkennen müssen, daß
sie jeden Zusammenhang mit dem Rest verloren haben, und
daß sie in der entscheidenden Abstimmung kein Verhältnis
für das Empfinden des Volkes zeigten. Das gleiche Wahl-
recht soll, das kann nicht oft genug betont werden, keine
Belohnung sein für das, was an der Front und dahinter,
mit der Waife in der Hand im Schützengraben und am
heimatlichen Schraubstock, durch Arbeit und Entbehrungen,
geleistet wurde. Dafür stehen die Leistungen zu hoch. Sie
sind so groß, daß sie sich jeder richtigen Würdigung ent-
ziehen müssen. Aber um dieser Leistungen willen darf kein
Zustand mangelnden Rechts, kein Zustand der Ungerechtig-
keit bestehen. Das, was mit Hilfe der
Nationalliberalen im Verfassungsausschuss beschlossen worden
ist, bedeutet aber noch eine Verschlechterung des bishe-
rigen Zustandes freier und Unerwartet. Deshalb bittet
sich das ganze Volksempfinden dagegen auf und deshalb kann
der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums Dr.
Friedberg im Interesse der von ihm vertretenen Regierung
und auch im Interesse seiner Partei nichts Besseres tun, als
seinen Freunden immer wieder in's Gewissen zu
reden und ihnen ihre Pflichten gegenüber Volk und Staat
recht klar zu machen. Man wird es dankbar anerkennen
müssen, daß sich der Führer der Nationalliberalen, der die
Regierung in der Wahlrechtsfrage bisher schon so energisch
vertrat, dieser Aufgabe mit Eifer und Geschick unterzogen
hat. Seine jüngste Rede vor den nationalliberalen Ver-
tretern des Westens, die wir in ihrem wessentlichen Wort-
laut mitgeteilt haben, verdient aufbewahrt zu werden. Sie
ist ein Dokument, das man jenem rechten Flügel der National-
liberalen, die immer den Anschluß an die Konservativen zu
verfümen begehren, noch oft in künftigen Wahlkämpfen
vorhalten müssen. Mit Recht sagt Friedberg, daß seine
Partei, die sich liberal nennt, hinter dem zurückbleiben kann,
was die Krone hier selbst in Vorhinein gebracht hat. Aber
wird das genügenden Eindruck auf die schwerindustriellen
Kreise des Westens machen? Werden sie sich befinden und
werden sie erkennen, daß sie hier an der Seite der Konser-
vativen unmöglich dem Staatswohl dienen? Herr Dr. Fried-
berg hat versucht, die befohlenen Gemüter der nationalliberalen
Partei weiter durch den Hinweis zu beruhigen, daß das
gleiche Wahlrecht die beste und befriedigendste Lösung dieser
Frage auch für die eigene Partei ist. Er will damit offenbar
seinen eigenen Parteifreunden sagen, daß ihre parlamen-
tarischen Interessen im gleichen Wahlrecht nicht geringer
sein würden als im Dreiklassenwahlrecht. Er kann damit
recht haben. Das kann aber nur gelten, wenn sich die na-
tionalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses badigt eines
Besseren besinn und das verwirrt, was ihre Vertreter bei
der letzten Abstimmung gut geheißen haben. Sie schneller
und je entschiedener die Fraktion als solche in ihrer Mehr-
heit von dem abtritt, was die vier Mann im Ausschuss
an Seite mit den Konservativen beschlossen haben, desto besser
wird das für die Nationalliberalen und ihre weitere Ent-
wicklung sein. Die nationalliberalen Führer müssen sich
darüber klar sein, daß auch nur ein Schwanken verberden-
bringend für den Stand der Partei sein muß. Wenn ihre
Macht in einem neuen preussischen Abgeordnetenhause kleiner
ist als sie es erhoffen, dann werden sie das nicht durch das
gleiche Wahlrecht erklären können, sondern durch die Haltung
der Fraktion in dem nach dem bisherigen Wahlrecht zu-
sammengesetzten Parlament. Recht angebracht war auch die
Betonung Friedbergs, daß die Konservativen durch ihr
früheres ablehnendes Verhalten gegenüber jeder Reform
selbst daran schuld sind, daß nicht ein anderes Wahlrecht
zustande kam und daß jetzt eine Reform erforderlich ist, die
ihnen als viel zu radikal erscheint. Er hat berechnet, daß
bei dem gleichen Wahlrecht 22 Prozent der Zusammenlegung
des neuen Abgeordnetenhauses bei einem gleichen Wahlrecht
auf die Sozialdemokratie kommen würden, während bei dem
im Ausschuss von den Konservativen angenommenen Unterge-
n 22 Prozent der Mitglieder auf die Sozialdemokratie und bei
dem geplant gemeinsamen Dreiklassenwahlrecht (Zulassungen
auf Alter, Selbständigkeit und Bildung) sogar 27 Prozent
entfallen würden. Die Differenz ist also keine so große, und



